ist dankbar für jede Gelegenheit, Sympathie einzuwerben. Davon wird es in diesem Jahr mehrere geben. Bei etlichen Gipfeltreffen stehen Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung auf der internationalen Agenda.

Aufmerksam beobachten bereits Gegner und Partner die Bewerber. Italien etwa möchte Deutschland einen ständigen Uno-Sitz nicht gönnen. Er werde genau prüfen, welche der „großzügigen Hilfszusagen" auch tatsächlich eingehalten werden, kündigte Roms Außenminister Gianfranco Fini vorvergangenen Freitag bei einem EU-Ministertreffen an. Fischer konterte, Deutschland habe seine „Zusagen bisher immer erfüllt".

Japan wiederum strebt gemeinsam mit den Deutschen einen Sitz in New York an. Interessiert informierte sich der Kollege aus Tokio bei Fischer über das Lazarettschiff „Berlin", das am vergangenen Donnerstag vor Banda Aceh ankerte. Von seinen Beamten wollte er sofort wissen, ob die japanische Marine ähnliche Angebote machen könne.

Dem Kanzler gefiel das. Er sehe die „sehr große Chance", die Entwicklungspolitik aus dem bisher eher „defensiven Zusammenhang" herauszuholen, sagte Schröder offen. Von einem „defining moment", einer „ganz entscheidenden Phase", sprach Joschka Fischer. Die tödliche Welle habe nicht nur die Weltöffentlichkeit zusammenrücken lassen. Sie definiere auch die Arena der deutschen Außenpolitik neu.

Fischer weiß, dass die bislang freundliche Übernahme der Entwicklungspolitik riskant ist. Pannen und Skandale bei der Verteilung der Millionen können nun auch ihn in Misskredit bringen. Zudem sind Proteste der Experten und Hilfsorganisatio-

BENEFIZ

„Ein täglicher Horrorfilm"

Der irische Rockstar Bob Geldof über den Sinn von Wohltätigkeitskonzerten 20 Jahre nach dem „Live Aid"-Spektakel und die Unterschiede zwischen Katastrophen in Asien und Afrika



MARKUS HANSEN / ACTION PRESS

Geldof, 53, organisierte 1985 die erfolgreichste Benefizaktion aller Zeiten: Zwei Milliarden TV-Zuschauer in aller Welt verfolgten damals die „Live Aid"-Konzerte, bei denen Popstars wie David Bowie, Paul McCartney und Bob Dylan zugunsten der Hungernden von Afrika auftraten. Insgesamt sammelte Geldof bisher rund 140 Millionen Euro für Afrika.

SPIEGEL: Mr. Geldof, ist es nicht Zeit für ein neues „Live Aid"-Konzert – diesmal für Asien?
Geldof: Nein.
SPIEGEL: Das müssen Sie uns erklären.
Geldof: Es wurde schon jetzt mehr als genug Geld für Asien gespendet, um mit den Konsequenzen der Flutkatastrophe klarzukommen. Die Hilfsorganisationen können diese Riesenmengen gar nicht so schnell verteilen.
SPIEGEL: Der Tsunami vom zweiten Weihnachtstag gilt als Jahrhundertkatastrophe. Da kommt es doch auf jeden Euro an.
Geldof: Die persönliche Tragödie der verunglückten Deutschen, Briten und vor allem der betroffenen Küstenbewohner wird ewig dauern. Kein Geld der Welt kann sie je beenden. Aber sonst ist es eine Tragödie des Moments. Ich glaube, in drei bis sechs Monaten haben sich die betroffenen Länder wieder gefangen. Thailand ist kein armes Land, und Fischerboote können ersetzt werden.
SPIEGEL: Zum Beispiel mit Hilfe von Spenden und mit den Einnahmen aus Benefizkonzerten. Was haben Sie dagegen?
Geldof: Das Desaster in Asien verstellt den Blick. Die wahren Katastrophen finden in Afrika statt. Dort schlagen, bildlich gesprochen, die Todeswellen jeden Tag zu.
SPIEGEL: Ein kühner Vergleich.
Geldof: Ich vergleiche gar nichts. Die eine Tragödie – die in Asien – war ein Akt Gottes, die andere – die in Afrika – ist das Ergebnis menschlichen Handelns. Beide töten, aber die eine war nicht vermeidbar, die andere ist es sehr wohl. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin sehr traurig über das, was in Asien passiert ist. Aber das, was jeden Tag in Afrika geschieht, regt mich auf. Afrika ist ein täglicher Horrorfilm.
SPIEGEL: Den will im Moment aber offenbar kaum jemand sehen. Die grauenhaften Bilder aus Asien dagegen haben auf der ganzen Welt Mitleid ausgelöst.
Geldof: Das darf aber keine Entschuldigung dafür sein, Afrika nicht zu helfen. Der internationale Handel, Agrarsubventionen und Schutzzölle in den Industriestaaten sowie korrupte afrikanische Staatslenker sind verantwortlich für Armut und Hunger, Krankheiten, Kriege und millionenfachen Tod. Wir wissen das und ändern trotzdem nichts daran. Die westlichen Staaten, insbesondere die Deutschen, haben Afrika vergessen.
SPIEGEL: Immerhin ist Bundespräsident Horst Köhler kurz nach Amtsantritt nach Sierra Leone, Benin und Äthiopien gereist. Warum ist solches Interesse für Afrika eher die Ausnahme?
Geldof: Es fehlt der Schock wie bei der Flut, dass auch Deutsche und Briten betroffen sein können. Wenn die Trockenheit im Sudan Deutsche in Gefahr bringen würde, wäre Berlin sehr interessiert an der Gegend.
SPIEGEL: Aber die Europäer spenden doch nicht in erster Linie für ihre von der Flut betroffenen Landsleute, sondern für die zerstörten Regionen.
Geldof: Großartig, nicht wahr? In Asien kann man sicher sein, dass die Hilfe wirkt. Schulen und Städte werden wieder aufgebaut, und irgendwann wird es dort so aussehen wie vor der Flut. In Afrika dagegen folgen auf jede Katastrophe zehn neue.
SPIEGEL: Eben. Seit über 40 Jahren verteilen die reichen Länder Geld in Afrika, aber der Kontinent fällt trotzdem immer weiter zurück. Wundert es Sie da, dass viele Menschen am Sinn der Afrika-Hilfe zweifeln?
Geldof: Nein, aber das dürfen wir nicht zulassen. Das ist nicht allein eine Frage der Moral: Denken Sie nur an Einwanderung, an Terrorismus. Afrika ist gerade mal 14 Kilometer von Europa entfernt!
SPIEGEL: Wie wollen Sie Afrika wieder ins Blickfeld holen?

Äthiopien-Besucher Geldof (1985): *„Die wahre Katastrophe"*



REX FEATURES / ACTION PRESS

nen gegen die Politisierung ihrer Arbeit absehbar.

In der Krisenregion hat der Kampf um die möglichst imageträchtige Verwendung der Hilfsgelder bereits begonnen. „Es wird einen Run auf die Prestigevorhaben geben“, prophezeit für Indonesien etwa der Koordinator des Technischen Hilfswerks in Jakarta, Klaus Buchmüller. „Immer nach dem Motto: Wer baut die schönste Schule, das beste Krankenhaus, das schönste Waisenhaus?“

Auf Sri Lanka sieht sich die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unter Druck, vorrangig Schulen wiederaufzubauen. Doch das wollen alle. „Wir brauchen viel mehr Mittel für Straßen und Brücken“, sagt GTZ-Geschäftsführer Wolfgang Schmitt seinen Berliner Gebern. Aber Brückenbau sorgt nicht für emotional anrührende Bilder und ist deshalb wenig populär.

Unter den Hilfsorganisationen, von denen viele Rekordspenden verzeichnen (siehe Grafik), herrscht teilweise erbitterter Wettbewerb. Entwicklungshilfe-Staatssekretär Erich Stather fürchtet: „Vor allem die kleinen Organisationen mit ihrem Übereifer werden uns noch eine Menge Probleme bereiten.“

Der aktuellen Phase der Nothilfe werden sich gezielte Wiederaufbauprojekte anschließen müssen, die nicht nur die unmittelbar betroffenen Regionen umfassen. Erfahrene Helfer planen schon bis zu sechs Jahre ein. „Unser Ziel ist es nicht, den Status quo wiederherzustellen, sondern eine bessere Situation als zuvor zu schaffen“, sagt Matthias Schüth von Caritas international.

Weil staatliche und private Mittel besonders reichlich fließen, drohen Koordinationsprobleme. „Am Ende könnten auf Sumatra mehr Krankenhäuser stehen als potentielle Patienten vorhanden sind“, warnt Achim Müller, Leiter des Führungs- und Lagezentrums des Deutschen Roten Kreuzes.

Im politischen Berlin werden solche Probleme derzeit noch ausgeblendet. Die Fachleute der Fraktionen sonnen sich in der unverhofften Aufmerksamkeit.

Es sei doch „äußerst positiv“, dass die Entwicklungspolitik „aus dem Schattendasein“ hervorgeholt worden sei, jubelt der Grüne Hans-Christian Ströbele. Und sein SPD-Kollege Sascha Raabe frohlockt: „eine große Chance für die Entwicklungspolitik“.

Auf die Finanzierung einigten sich am Donnerstagabend Finanzminister Hans Eichel und die SPD-Haushälter. In diesem Jahr sollen bereits 100 Millionen Euro an Aufbauhilfe fließen, im nächsten bis zu 300 Millionen. Bei Bedarf kann Außenminister Fischer dieses Jahr weitere 20 Millionen Euro für Soforthilfen abrufen.

Der Finanzaufwand für einen etwaigen Schuldenerlass soll nicht inbegriffen sein. „Die 500 Millionen werden nicht nachträglich kleingerechnet“, beteuert ein Haushälter.

Erfahrene Wissenschaftler lassen sich von dem jähen Geldsegen nicht blenden. Der emeritierte Duisburger Professor Franz Nuscheler sieht einen „einmaligen Systembruch“. Das ursprüngliche Ziel von Entwicklungspolitik, langfristig tragfähige Strukturen aufzubauen, gerate „durch diese schleichende Umlagerung von Zuständigkeiten hin ins Außenministerium ins Hintertreffen“.

Die Entwicklungshilfe werde zum „Teil der globalen Wirtschafts- und Außenpolitik“ degradiert, kritisiert Hans-Dieter Evers, Direktor des Bonner Zentrums für Entwicklungsforschung. „Der Suche nach dem Platz an der Sonne wird alles untergeordnet.“

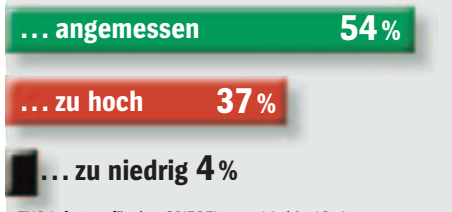


PETER PARKS / AFP

Thailand-Besucher Fischer: *„Entscheidende Phase“*

UMFRAGE: FLUTOPFER-HILFE

„Die Bundesregierung hat angekündigt, im Lauf der nächsten 3 bis 5 Jahre 500 Millionen Euro für die Flutopfer bereitzustellen. Finden Sie diesen Betrag …?“



TNS Infratest für den SPIEGEL vom 11. bis 13. Januar; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/ keine Angabe

Im Dauerclinch mit Heidemarie Wieczorek-Zeul hat der Außenminister jetzt, so scheint es, die Oberhand gewonnen. Seit Jahren ärgert sich Fischer über die selbstbewussten Auftritte der Kabinettskollegin. In Afghanistan mischte sie kräftig beim Wiederaufbau mit. Für die sudanesische Krisenregion Darfur verlangte sie politisches Eingreifen, deutlich bevor das Außenamt Stellung bezog.

Fischer regte sich immer wieder auf – auch im Beisein der ungeliebten Sozialdemokratin: „Heidi, für deinen Scheiß interessieren sich keine zwei Prozent der Leute.“

Bisher schon hatten Kanzler und Außenminister kaum eine Gelegenheit versäumt, selbst Entwicklungshilfe zu betreiben – wenn es ihnen nützlich erschien. So ge-

Geldof: Wir werden in diesem Jahr ganz besonders laut die Trommel für Afrika schlagen. 2005 hat Großbritannien den Vorsitz der G-8-Staaten, also der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt; außerdem übernimmt es im Juli den Vorsitz der Europäischen Union. Das heißt, Großbritannien wird politisch sehr einflussreich. Premierminister Tony Blair und Schatzkanzler Gordon Brown, die in diesem Jahr bestimmt wiedergewählt werden, sind so alt wie ich und wurden mit den „Live Aid“-Konzerten sozialisiert. Ich will sie dazu bringen, etwas Entscheidendes für Afrika zu tun.

SPIEGEL: Das klingt reichlich nebulös.

Geldof: Es geht um Schuldenerlass, um die Folgen von ungerechtem Handel, Korruption, Sklaverei, Kolonialismus. Das sind die Probleme, das wissen wir seit Jahren, das ist langweilig. Nicht langweilig ist aber, dass diese Menschen nicht arm sein müssten. Das ist das Abenteuer, das wir bestehen müssen.

SPIEGEL: Sind Sie eigentlich noch Rockstar oder längst Politiker?

Geldof: Ich tue, was ich kann. Ich bin ein Musiker, der manchmal zum Lobbyisten wird. Als Musiker muss man vor allem gute Musik machen, sonst hat man versagt. So wie mein Tischler zuallererst meine verdammte Tür zu reparieren hat; seine soziale Ader interessiert mich erst einmal herzlich wenig. Aber ich finde es gut, wenn er in seiner Freizeit auch etwas anderes im Kopf hat als Türen. Verstehen Sie? Ich denke eben auch nicht nur an Musik.

SPIEGEL: Sie untertreiben. Ihr Engagement hat Ihnen den Spitznamen „Der heilige Bob“ eingetragen.

Geldof: Es ist wohl eher ein Spottname. Aber es ist mir herzlich egal, wie die Leute mich nennen. Wichtig ist nur, dass Afrika auf der Agenda steht. Es braucht allerdings manchmal sehr viel Kraft, damit dies auch so bleibt.

INTERVIEW: JAN PUHL, MARTIN WOLF